

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neu- und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 58

Seitensprecher Nr. 58

Die „Neu-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neu, Niederstraße 46.

Telegraphische Adressen.

Postfach-Adressen 41800.



Anzeigen finden durch die Neu-Grevenbroicher Zeitung die weitest Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neu- und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 151

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 5. Juli 1921 (Philomela)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neu.

48. Jahrgang

Noch keine Ruhe in Oberschlesien.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 5. Juli. In Tokio übergab Professor Frisawa namens 500 japanischer Ärzte, die ihre Studien in Deutschland gemacht haben, dem deutschen Botschafter 490.000 Mk., die als Stiftung für die medizinischen Fakultäten deutscher Universitäten bestimmt sind.

Meinberg, 4. Juli. Im nahen Kriegsdorf Landen gestern Nacht bei einem Brande in einem Bauernhause vier Angehörige des Besitzers siebenjähriger Flammen tot. Der Besitzer ist zum Welter geworden.

Garmburg, 5. Juli. Einer Blättermeldung zufolge sind bei der Zerlegung von Granaten in den Öttinger Eisenwerken ins Brunsbüttel durch eine Explosionsunglück neun Personen schwer verletzt worden. Die Verunglückten, darunter acht Frauen, schweben in Lebensgefahr.

Belzig, 4. Juli. Im Prozess Steiner-Crumm vor dem Reichsgericht wurde heute vornitzig die Beweisnahme geschlossen. Der Oberreichsanwalt beantragte gegen Major a. D. Crumm die Verurteilung wegen Verstoßes gegen die Geheimhaltung des Reichsgeheimnisses.

Sammern, 4. Juli. In einer der letzten Nächte brachen wieder in die hiesige katholische Kirche ein und raubten eine Monstranz und ein Eibisch. Die hl. Geister lagen zerstreut auf dem Altar.

Aufnahme des Eisenbahnverkehrs in Oberschlesien.

Ratibor, 4. Juli. Die Eisenbahnverwaltung teilte mit, dass der Eisenbahnverkehr heute früh wieder aufgenommen wurde. Die Züge kamen ungehindert durch. Es ist zu erwarten, dass die große Reise, die noch mehrere Tage andauert, sobald die Abreise von Ratibor erfolgt ist, sehr auch der Zugverkehr von hier aus sofort ein.

In der vergangenen Nacht wiederholten sich in gewissen Zeitabschnitten die wilden Schießereien in dem Belagerungsring. Es blieb jedoch bei den Schießereien. Im Osten und seiner näheren Umgebung war heute alles ruhig. Die Dörfer sind von den Jungens frei. Nur in Schönwalde ist noch nicht alles in Ordnung. Dort wurde in der letzten Nacht ein Wägenwagen angehalten und besetzt. Auch Hindenburg und Umgebung ist frei. Der Zugverkehr Oppeln-Gleiwitz ist wieder im Gange.

Beuthen, 4. Juli. Koranthis berichtigte Grenzsetzung, die das Signal zum polnischen Aufstand gab und später von der Verbandskommission verboten wurde, ist an die polnische Aktiengesellschaft Conice Elasti verkauft worden, soll aber aus Mangel an Abnehmern künftig nicht mehr erscheinen, sondern die Druckerei soll zur Herstellung polnischer Zeitungen benutzt werden. Bei einem am Samstag verübten Verstoß nach Beuthen hatten die Aufständischen vier tote.

Polnische Willkür.

Ratibor, 4. Juli. In Ratibor, Friedens- und Gerechtigkeit haben sich neuerdings die Jungens schwere Mißhandlungen von Beamten zuzuschreiben kommen lassen. An den Hülfsbeamten Schlusset in der Bauhütte trat ein Arbeiter mit dem Geschehen heran, um in den Betrieb einzusteigen. Er konnte aber wegen Arbeitsmangels nicht angenommen werden. Daraufhin führte der Mann mit 20 Jungens zurück und holte Glühbirnen mit etwa 20 anderen Beamten aus dem Werk heraus, die sämtlich mit Gewandeln in schwerster Weise mißhandelt wurden. Drei Beamte mußten ins Krankenhaus geschafft werden, die übrigen fühlten sich verletzt. Auch der größte Teil der höheren Beamten in Friedens- und Gerechtigkeit mußte vor den Mißhandlungen der Jungens fliehen.

Es geht wieder los.

Berlin, 5. Juli. Nach einer Meldung des Berliner Lokalangelegers aus Ratibor kehren in den Kreisen Ratibor, Hybnitz, Gleiwitz und Groß-Strehlitz die polnischen Banden in die Dörfer zurück und überfallen die im Vertrauen auf die Einberufung in ihre Heimat zurückgekehrten deutschen Familien. Der Ort Schymahül, der bereits am 1. Juli von den Jungens geräumt sein sollte, ist gestern von polnischen Banden besetzt worden. In den Wäldern von Janowitz und Klein-Bauden wimmelt es von Jungens, die in der Nacht die Dörfer überfallen, die Deutschen berauben und verschleppen.

Ratibor, 4. Juli. Der D-Zug Ratibor-Breslau, der gestern nachmittag hier abgegangen war, mußte auf Station Amsa wieder umkehren, da er bei Summin von polnischen Banden beschossen worden war. Wie die Rundschau mittelt, ist der Zugverkehr zwischen Ratibor und Gleiwitz nach Ratibor und von Gleiwitz nach Hybnitz ist wieder unterbrochen.

ebenfalls der Verkehr von Ratibor nach Hybnitz. Die Züge wurden von polnischen Banden angehalten, durchsucht und ausgeplündert.

Ratibor, 4. Juli. Es wiederholten sich in gewissen Zeitabschnitten die wilden Schießereien aus dem Belagerungsring. In mehreren Orten des Kreises Ratibor ist starker Mangel an Brot eingetreten. Auf Ratibor wurde vielfach nur die Hälfte der früheren Mengen ausgegeben; ein Brot kostet 40 Mark.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Juli. Auf die Interpellation der bürgerlichen Parteien wegen der Lage des Reichstages im Handwerk erfolgt regierungsfest die Erklärung, daß die Antwort in der nächsten Sitzung erfolgen wird.

Der Staatsvertrag über die Überweisung der Wasserstraßen an das Reich wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Es folgt der Nachtragset des Reichswehrministeriums beim Titel Marine.

Abg. Rühm (NSDAP): Der einzige Zweck der Marine sei ein polizeilicher. Der tatsächliche Bedarf der Marine betrage nur 13 Millionen. Im Nachtragset aber würden 102 Millionen gefordert. Woher fragte, ob die Bildung der Marineorganisationen eine politische Größe habe. Die Truppen würden in kleinen Garnisonen verteilt, wo sie nicht genügend kontrolliert werden könnten. Woher fragte, wie es mit den Beschlüssen gegen den Admiral Scheer stehe, der mit der Erschließung von mehreren Marinemanschnitten 1915 einen Aufstand begangen habe? Der Rest des Etats wird genehmigt.

Es folgt der Etat des auswärtigen Amtes.

Frau Abg. Wurm (NSDAP): beklagt die Hergabe von Reichsmitteln für die Zentrale für Heimatdienst.

Abg. Cremer (Zp.) weist nach, daß von den 85.000 Mitgliedern allein 27.000 zur sozialdemokratischen Partei gehören. Er sei überzeugt, daß ein Umsturz wenig Aussicht verdienne, vielmehr ein ganz neuer Aufbau in Frage komme.

Abg. Krumm (D-M.) erinnert daran, daß seine Partei schon lange den Kampf gegen die Verfechter führe, zu denen auch die Zentrale für den Heimatdienst gehöre. Wir sind aber bereit, zu versuchen, etwas Neues, Wertvolles zu schaffen.

Abg. Sölkemann (Zp.) verteidigt die Reichszentrale. Wenn einzelne Parteien sich über mangelhafte Berücksichtigung beklagen, sei es ihr eigenes Verschulden.

Der Ausschuss beantragte eine Entschließung, die Reichszentrale dahin umzufassen, daß sie einen parlamentarischen Beirat erhalten soll.

Die Abg. Cremer und Krumm beantragen die Schließung der Reichszentrale zum 1. Oktober 1921. Die Abstimmung wird verlegt. Dann wird das Alternativgesetz in dritter Beratung angenommen.

Zur zweiten Beratung des Fernsprechtariffgesetzes erklärt Abg. Alletotte (Zp.) die Verwaltung habe zugehört, daß mit der Gebührenspreibung auch eine wesentliche Verbesserung des Fernsprechtariffes verbunden werden soll. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Wehrmannsversorgungsgesetzes.

Abg. Karsten (NSDAP): Die Summen, die hier an entlassene Offiziere und Unteroffiziere gezahlt werden sollen, sind viel zu hoch. Wir beantragen, daß den entlassenen Wehrmannsangehörigen einfach die gleichmäßige Gewerkschaftsunterstützung gezahlt wird, die nach Ansicht der bürgerlichen Parteien sehr reichlich ist.

Abg. Pletner (Komm.) lehnt gleichfalls die Vorlage ab.

Der Antrag der NSDAP auf Gewerkschaftsunterstützung wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages der bürgerlichen Parteien über die religiöse Kindererziehung. Der Gegenentwurf des Ausschusses will die Bestimmung der religiösen Erziehung des Kindes von der freien Eingung der Eltern abhängig machen. Während der Eltern soll kein Einfluß ohne Zustimmung des anderen eine Änderung des Bekenntnisses vornehmen können. Ebenso wenig soll gegen den Widerspruch eines Elternteils ein Kind vom Bekenntnisunterricht abgemeldet werden können.

Abg. Leicht (Zp.) wünscht Anerkennung des Rechtes, vertraglich die religiöse Erziehung des Kindes festzulegen, wie sie in Bayern besteht.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei.

Die Beamtenfragen.

Berlin, 5. Juli. In einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstages, Loeb, erklärte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß die von dem 23. Ausschuss (Beamtenangelegenheiten) gefassten Beschlüsse für die Reichsregierung unannehmbar seien. Er müsse sich vorbehalten, im Namen einsehend zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen, so daß mit einer langwierigen Beamtendebatte zu rechnen sei. Die Wähler rechnen mit der Möglichkeit, daß der Reichstag gegen die Beschlüsse des Beamtenversorgungsgesetzes, länger als ursprünglich geplant, zusammenbleiben dürfte.

Eine Lehre.

Berlin, 5. Juli. Am gestrigen Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten ehrten hiesige Amerikaner das Andenken Friedrichs des Großen in Ansehung der freundschaftlichen Gattungen, die er gegen Amerika eingenommen hat, dadurch, daß an seinem Den-

mal, unter den Linden, zwei Kränze niedergelegt wurden; der eine trägt auf einer großen schwarz-weiß-roten Schleife die Aufschrift: „Für diejenigen, die für die Freiheit unserer Väter starben! The League of truth, Berlin-New York, 4. Juli 1914–1921.“ Der zweite Kranz trägt auf einer mit dem alten Reichsadler geschmückten Schleife die Aufschrift: „Dem Freund Americas von einem dankbaren Amerikaner zum 4. Juli 1921.“

Wir müssen unsere großen Taten von Ausländern lernen lassen. Denn ein guter Republikaner laut neuem Ton sucht seine zuverlässige Gefinnung dadurch zu bekunden, daß er an Altem kein gutes Haar läßt. Wann werden wir zwischen altem und neuem Ton den echten einer gerechten und vornehmen politischen Gefinnung finden? Es wird nur der geachtet, der sich selbst hochhält.

Das Kabinett Bonomi.

Rom, 4. Juli. Voraussichtlich wird das Kabinett Bonomi wie folgt zusammengesetzt sein: Bonomi, Borgh und Jemere; Marquis della Torre, Auswärtiges; Galparotto, Kolonien; Ferra, Justiz; Rodino, Krieg; Senator Schaner, Marine; De Rada, Schatz; Soleri, Finanzen; Senator Croce, Unterrichts; Petrini, öffentliche Arbeiten; Bonduce, Arbeit; Marinetti, Verkehrswesen; Gualfido, Post und Telegraphen; Mauri, Wasserbau und Industrie. Die Liste umfasst drei Reformisten, drei Populäre, zwei Sozialdemokraten, vier liberale Demokraten und ein Mitglied der Rechten. Della Torre und Croce stehen außerhalb der Parteien. Die antische Weltanschauung über das Kabinett dürfte heute nachmittag erfolgen.

Zum Anschlag auf den serbischen Prinzregenten.

Nach einer Sondermeldung der R. Z. gelangt die Untersuchung gegen den Urheber des Anschlags auf den Prinzregenten immer mehr zu überraschenden Ergebnissen. So ist der Zusammenhang zwischen dem serbischen und den österreichischen wie ungarischen Kommunisten erwiesen, ebenso die nahe Beziehung des Täters zu den maßgebenden kommunistischen Abgeordneten der Belgrader Nationalversammlung.

Besonders belastet sind der Führer der serbischen Kommunisten Filipowitsch sowie der Abgeordnete Tschopitsch. Die Nationalversammlung hat bereits den Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität genehmigt, so

daß die Verhaftung der genannten Abgeordneten rasch vollzogen werden konnte. Die Untersuchung verpflichtet noch weitere interessante Einzelheiten aus der Werkstatt der internationalen kommunistischen Organisation.

Die Folgen des Ultimatums für Deutschland

beschäftigt auch die holländische Presse. Neues Rotterdamsche Courant schreibt zu der Frage, welchen Einfluß die Annahme des Londoner Ultimatums und die Bemühungen des Kabinetts Wirth um seine Ausführung auf das deutsche Wirtschaftsleben haben werden und stellt fest, daß in der letzten Zeit in Deutschland eine gewisse Ruhe eingekehrt, daß die Löhne, ebenso wie die Valuta stetig und die Lage des deutschen Arbeiters wieder besser gewesen sei. Dieser Zustand verhältnismäßiger Stetigkeit sei jedoch durch die Annahme des Ultimatums gründlich gestört worden. Das Ministerium Wirth müsse, um die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen, eine ganze Anzahl indirekter Steuern einführen, die eine allgemeine Preissteigerung zur Folge haben müßten. Daraus müsse sich eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung ergeben, d. h. die Löhne würden für das Existenzminimum auf diese Weise wieder in den circulus vitiosus von höheren Löhnen und höheren Preisen hineingeführt. Zweifelloß stünden Deutschland neue heftige Kämpfe bevor, die jedoch sehr viel schwieriger sein würden als die letzten. Denn jetzt sei die Lage der Unternehmer ebenfalls sehr ungünstiger geworden und stehe das Gewerkschaft der Arbeitslosigkeit vor der Tür. Die deutsche Mark beginne bereits zu sinken, was immer das erste Anzeichen wirtschaftlicher Störung sei. Das ganze Wirtschaftsleben komme wieder auf die schiefere Ebene, und die gerade einigermaßen ruhiger gewordene Atmosphäre werde wieder in einen Zustand der Unruhe gebracht.

Die roten Internationalen.

Berlin, 4. Juli. Auf dem Parteitag der englischen Arbeiterpartei in Brighton war eine Entschließung einstimmig angenommen worden, daß an alle sozialdemokratischen Organisationen der Welt Entschuldigungen zu der Konferenz geschickt werden sollen, auf der eine umfassende internationale geschaffen werden soll. Nach dem „Morning Post“ erklärt sich das Exekutivkomitee der zweiten Internationalen mit dem Inhalt der Entschließung einverstanden und billigt weiter, daß auch eine Entschuldigungen an die Zentrale der Arbeiter internationalen Arbeitsgemeinschaft geschickt wird.

Westliches und Westliches.

Saarwillür.

Saarbrücken, 4. Juli. Eine Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes bestimmt: „Den Gemeinden sowie allen öffentlichen Anstalten und Körperschaften des Saargebietes wird verboten, Unterhaltungen oder Zuschüsse des Deutschen Reichs, des preussischen und bayerischen Staats oder einer Dienststelle dieser Regierungen ohne Genehmigung der Regierungskommission zu beantragen oder anzunehmen.“ Weiter verordnet die Regierungskommission: „Es wird ein 200-prozentiger Zuschlag zu der nach dem Gesetz vom 3. Juni 1918 eingeführten Weststeuer mit Rückwirkung vom 1. April erhoben.“

Die Regierungskommission hat verfügt, daß den Lehrpersonen der öffentlichen Vorschul- und Volksschulen nur ein Monatsgehalt gezahlt werden darf. Offenbar soll auch bei diesen Beamten wie seit 1. Mai schon bei Post und Eisenbahn, trotz der zurückhaltenden Stellungnahme der Beteiligten demnächst die Frankentrührung eingeführt werden.

Wie sie damit umgehen.

London, 4. Juli. Evening Standard meldet, in der vorigen Woche sei das englische Luftschiff R. 86 auf einem Flug leicht beschädigt und in den Flughafen von Fulham zurückgebracht worden. Das Zeppelinluftschiff R. 84 wurde aus seiner Hülle herausgebracht, um Platz für das andere Luftschiff zu machen. Die Bedienungsmannschaft vermochte jedoch den Zeppelin nicht zu halten und dieser wurde vernichtet.

(Es wird wohl von den abgelieferten Zeppelinen bald keiner mehr übrig bleiben.)

Die diplomatische Lage der Türkei.

London, 4. Juli. Die Reuter aus Konstantinopel meldet, erklärte Jusuf Kemal Pascha, der Minister für auswärtige Angelegenheiten im Parlament von Angora am 27. d. u. a. unsere Beziehungen zu Afghanistan sind ausgezeichnet, zu Russland normal. Wir erwarten die Herstellung regelmäßiger Beziehungen zu der persischen Regierung.

Was die Mission zur Londoner Konferenz betrifft, so hat die Verankerung die Ab-

machungen, die er in Europa geschlossen hat, abgelehnt, weil sie seinen Interessen und seinen Interessen widersprechen.

Der französische Regierung, die den Wunsch geäußert hat, ein Abkommen ohne Rücksicht auf Bedingungen abzuschließen, haben wir Vorschläge unterbreitet, die auf unseren nationalen Wünschen beruhen. Antwort ist bis jetzt nicht eingegangen.

Verhandlungen mit französischer Persönlichkeit haben die Möglichkeit einer Annäherung an eine Verständigung gegeben.

Italien zieht ebenfalls seine Truppen zurück. Sie suchen die Anerkennung unserer nationalen Rechte in eine vollständige Unabhängigkeit innerhalb unserer Grenzen und unter Ausschluß ausländischer Einmischungen zu erlangen. Auf diese Erklärung sprach die Nationalversammlung dem Kabinett rückhaltlos Vertrauen aus.

London, 4. Juli. Nach einer Reutermeldung aus Kairo ist Prinz Aziz Hassan angewiesen worden, Ägypten bis zum 10. d. zu verlassen.

Der Bolschewismus.

London, 4. Juli. Die Presse veröffentlicht Auszüge aus einem bolschewistischen Schriftstück, das an sämtliche Führer der bolschewistischen Propaganda verteilt worden ist. Daraus ist das Bestehen einer großen russischen Revolution erkennbar, die zum Ziel hat, in Asien anzugreifen. Der russische Bolschewismus für Orientangelegenheiten hält sich jetzt in Kabul in Afghanistan auf, wobei eine rote Division entsandt, und wo eine Funktion errichtet wurde. Das Schriftstück enthält u. a. folgende Stelle: „Am die Nacht der Räteregierung zu vergrößern, müssen alle Hindernisse beseitigt, alle Aufstände mit Grausamkeit niedergewälzt werden. Westet auch von allen Gegenrevolutionären und von allen Elementen, die der Räterepublik Widerstand leisten! Nichts als alle weißen Barden und alle Organisationen des Verbandes!“

Die Morning Post meldet aus Kabul vom 30. Juni, die Räteregierung habe die Verhaftung aller griechischen und japanischen Staatsangehörigen in Rußland angeordnet, mit Ausnahme der Mitglieder der kommunistischen Partei.

Bei der Aussprache über das Gruben- unglück in Mont Cenis

Am Reichstag stellte Reichsarbeits-Minister Brauns die tiefste Erschütterung des deutschen Volkes über die Katastrophe von Mont Cenis fest, bedauert die Toten und spricht den Hinterbliebenen das tiefste Beileid aus und dankt allen, die sich um die unglücklichen Opfer bemüht haben und an den Rettungsarbeiten teilgenommen haben. Die alte Bergmannstreu und Kameradschaft hat sich aufs neue bewiesen und wird dazu beitragen, den ersten Schmerz zu lindern. Die Untersuchung ist Sache der preussischen Verwaltung, deren Vertreter nachher sprechen wird. Das Reichsarbeitsministerium hat sich wegen der Unfallverhütungsvorschriften mit der Angelegenheit befaßt. Die Notwendigkeit angesichts des Mangels an Arbeitskräften nach Abzug der Kriegsgefangenen, ungeübte Leute einzustellen, hat zu schweren Missetaten geführt. Infolgedessen ist nach Ausmerzung der ungeeigneten Elemente jetzt entschieden der Weg zur Verbesserung beschritten worden und speziell auf der Sache Mont Cenis sind die Verhältnisse nicht schlecht gewesen. Immerhin steht die Arbeit noch nicht wieder auf der alten Höhe und es besteht noch immer ein gewisser Lichtschein bei der Beurteilung der Gefahren. Diese Mittel, wie dem abzuwehren ist, die Frage einer entsprechenden Vorbildung, müssen jetzt mehr erörtert werden wie bisher. Gut ausgebildete Arbeiter sind nicht Sache des Reiches, sondern Angelegenheiten der einzelnen Länder.

Bergant Gahfeld spricht als Vertreter der preussischen Regierung, gibt das Ergebnis der Untersuchung bekannt und schildert das Mitleid, in dem sich die Katastrophe abgepielt hat. Die Weiterführung funktionierte gut und die Verletzung war bis auf eine Stelle in Ordnung. Diese Stelle ist aber gerade nicht getroffen worden. Auch sonst sind bei der Baumanlage alle geltenden Vorschriften genau befolgt worden. Es wurden nur elektrische Lampen verwendet, mit Ausnahme der beiden Sicherheitslampen, welche die beiden Schiefermeister hatten. Daß auch in diesem Falle ein Schutz der Lampe gegeben gewesen sein soll, muß dahingestellt bleiben. Daß sich das hier jemals feststellen lassen wird, erscheint zweifelhaft. Von der Entzündung durch eine Lampe kann kaum die Rede sein. Zur Abgabe von Schüssen war nur der Schiefermeister berechtigt. Dieser hat aber keinen Schuß abgegeben. Genau hat sich nichts ergeben, höchstens liegen Indizien dafür vor, daß ein Schuß gefeuert ist. Man soll auch nicht glauben, daß der Koffersack infolge der Verletzung nun gänzlich gefahrlos wird. Wenn dann infolge eines Schusses neuer Staub hinzukommt, sind immer Explosionen möglich. Da das reine Verletzungsverhältnis hier eine endgültige Sicherheit schaffen wird, muß abgewartet werden. Von allen Explosionen waren 90 Prozent durch Lampen hervorgerufen worden, davon 75 Prozent durch Sicherheitslampen. Das führte zur Einführung der elektrischen Lampe.

Der deutsche Handel mit den Oststaaten.

Überfeld, 4. Juli. Der deutsch-osteuropäische Wirtschaftsverband e. V. in Göttingen, früher Verein deutscher Fabrikanten und Exporteure für den Handel mit Rußland e. V. in Romscheid, hielt heute hier unter zahlreicher Beteiligung seine 16. ordentliche Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der deutsch-osteuropäischen Handelsbeziehungen und der erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung dieses Handels. Im seinem Geschäftsbericht betonte der Geschäftsführer Dr. Meyer, daß sich der Handelsverkehr mit Rußland im vergangenen Jahre nicht habe in der gewöhnlichen Weise entwickelt können, weil über die russischen Verhältnisse zu dürftige Nachrichten vorliegen. Dem Geschäftsbericht mit den Handelsstaaten hätte der Mangel an Gegenwerten in diesen Ländern entgegengestanden. Das vom Verband in Höhe reichlicher eigene Bureau habe ebenso wie die übrigen Vertreter des Verbandes vornehmlich die Aufgabe, über die Verhältnisse Rußlands und der Handelsstaaten Klarheit zu schaffen. Verschiedene Verhandlungen mit Vertretern der russischen Regierung hätten zu keinen Ergebnissen geführt. Ein Hauptanliegen dieser Verhandlungen sei nur für die Parteien entstanden, die schon früher mit Rußland

Der Friede mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat am Sonntag die Friedensentscheidung der Vereinigten Staaten mit Deutschland und Österreich untergezeichnet.

Wir lesen dazu in der „Essener Volkszeitung“:

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt!“ kann man mit Schiller den Amerikanern sagen. Etwas sonderbar ist doch der Geschäftsgang, wenn nach dem Abschluß des Weltkrieges im November 1918 fast zwei Jahre vergehen, bis die letzte der kriegsführenden Großmächte die förmliche Friedenserklärung abgibt. Der Wechsel in der Präsidentschaft, der Widerwille der republikanischen Partei gegen Wilson und dessen Hinterlassenschaft, wozu auch der Völkerverbund und der Versailler Vertrag gehören, so wie sonstige geschäftsmäßige Rücksichten haben die Verzögerung herbeigeführt. Nordamerika war ja auch durch den Krieg und seine Nachwirkungen so reich und mächtig geworden, daß es sich Zeit lassen konnte.

Der gegenwärtige Geschäftslauf der amerikanischen Gesandtschaft bezeugt uns Deutsche zu einem Hinblick und einem Ausblick.

Der ganze Jammer unserer Niederlage faßt uns wieder an, wenn wir an den Eintritt Nordamerikas in den Krieg denken. Als das Friedensangebot des deutschen Reiches und seiner drei Verbündeten 1916 zurückgewiesen war, standen unsere militärischen und politischen Führer von der verhängnisvollen Frage, ob sie mit den bisherigen Kampfmitteln den Dauerkrieg fortsetzen oder den unbedingten U-Bootkrieg riskieren sollten. Im ersten Falle konnte man vielleicht hoffen, daß der amerikanische Präsident den Anstoß zu Friedensverhandlungen geben werde. Im anderen Falle war mit voller Sicherheit zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten in die Reihe unserer Gegner treten würden. Unsere Führer hatten kein Vertrauen zu Wilson, und dann müßte sie wohl recht gehabt haben. Aber sie hatten ein volles Vertrauen auf den Erfolg unserer U-Bootkampagne, und darin haben sie sich leider geirrt. Es gelang uns nicht, England auf die Knie zu zwingen, aber es gelang der Genteile, von Nordamerika so viele und so wirksame Kriegsmittel und so viele Flottenstützen zu erhalten, daß die ungeheure U-Bootkampagne unser ruhmvolles Meer vollständig erdrückte.

Nordamerika hat den Ausschlag gegeben. Die Amerikaner waren die eigentlichen Sieger. Ihr Präsident hätte das Recht und die Macht gehabt, einen Friedensvertrag nach seinem feierlich verkündeten 14. Grundsatz zu diktiert. Aber Wilson ließ sich von Clemenceau und Lloyd George geistlich beeinflussen, daß er als gebrochener Mann aus Versailles zurückkehrte mit einem Friedensvertrag, den seine Landsleute aus mehr als einem Grunde ablehnten. Wilson wurde mit Schimpf und Schande abgehoben, doch der heillosen Friedensvertrag blieb trotz der amerikanischen Zurückhaltung auf dem Boden der geschlagenen und verwundeten Deutschen.

Der Ausschlag ist nun vollzogen. Ist der Ausschlag die weitere Entwicklung? Ist die Revision von Versailles ein Schritt in die gleiche Richtung? Ist die Revision des schrecklichen Friedensvertrages und seine Wiederrückung der Schäden und Lasten, die uns die europäischen Sieger auferlegt haben? Die Vorbedingung, welche die Vereinigten

Staaten gestellt haben, der Redner streifte ferner die Frage, die sich sehr schwierig gestaltet. Er sprach die Meinen in den verschiedenen deutschen Städten, die der Unterstützung von deutschen Handelsbeziehungen dienen sollten, und empfahl eine Beteiligung an der im August in Kitzingen stattfindenden Messe nur den Firmen, die auf die Zukunft hofften. Gegenwärtig wären keine Geschäftschancen zu erwarten. Die Verhandlungen mit Polen seien sehr schwierig gewesen. Allerdings sei aber eine freireiße der Mittel, die in Polen eingeführt werden dürften, auszuhandeln. Nachdem dem Rednerbericht hat eine Generalversammlung von 254 225 Mann eine Ausgabe von 188 995 Mark gegenübergestellt. Am Ende des Geschäftsjahres war ein Vermögen von 88 257 Mark vorhanden. Besonders Interesse bot ein Vortrag des Generaldirektors der russischen Handelsvertretungen, Pieper,

Staat gegenüber dem Versailler Vertrag machen, sind auf die amerikanischen Interessen gerichtet und nicht auf Deutschlands Entschädigung.

Die erste Wirkung der Friedensentscheidung wird die Wiederherstellung des angebrochenen diplomatischen Verkehrs zwischen Berlin und Washington sein. Die Amerikaner senden uns einen Botschafter nachschickend, den sympathischen Dr. Hill, und wir können wieder einen Botschafter nach Nordamerika schicken. Das ist ja ganz nett, aber glücklich macht das noch nicht. Es muß sich erst noch zeigen, ob bei dem offiziellen Austausch von Meinungen und Noten mehr herauskommt, wie bei dem bisherigen Verkehr durch Vertreter ohne Titel.

Als zweite Wirkung wird angeführt, daß die amerikanischen Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen werden sollen. Das würde uns sehr freuen, wenn die anderen Alliiertenstruppen diesem Vorbild folgten. Aber wenn an die Stelle der ankündigenden Amerikaner weitere Fremden einrücken, so kommen die betreffenden Oststaaten aus dem künftigen Krieg in die gleiche Lage.

Von materieller Bedeutung wird die Freigabe des deutschen Privatvermögens in den Vereinigten Staaten und der noch internierten Schiffe sein. In dieser Hinsicht sind aber noch nähere Verfügungen zu erwarten.

Überhaupt werden zur Verwirklichung des proklamierten Friedenszustandes noch viele Verhandlungen und Geschäftsgänge notwendig sein. Das Ergebnis ist abzuwarten.

Sehr schön wäre es, wenn die Vereinigten Staaten man mehr mit Entschiedenheit ihren Einfluß im Obersten Rat der Sieger geltend machten im Sinne der Gerechtigkeit, des wahren Friedens und der allgemeinen Weltwirtschaft. Aber die Weltpolitik der neuen Mächte in Washington ist noch verschleiert. Man darf nicht vergessen, daß der Gegensatz zu Japan und der Wettbewerb mit England den Amerikanern näher am Herzen liegt, als das Mitleid mit Deutschland oder sonstige ideale Gesichtspunkte.

Also bleibt es bei der alten Regel: gern nehmen und bestens ausnützen, was uns gegeben wird, aber nicht vorzeitig Hoffnungen sich hingeben!

Was nun?

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington wird es nunmehr, nachdem durch die Annahme der Friedensentscheidung der Friede mit Deutschland und Österreich — eigentlich nur im formalen Sinne — hergestellt ist, notwendig, die Kriegsgesetze zu beseitigen, vor allen Dingen aber das Gesetz, das den Handel mit dem Feinde verbietet. Nach allgemeiner Ansicht werden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland bald wieder aufgenommen; ebenso soll in absehbarer Zeit über den Abschluß eines Handelsabkommens verhandelt werden. Ueber den letzten Punkt ist auch bereits in der Aussprache im Kongress gesprochen worden. Als der demokratische Abgeordnete Mac Kellar die Frage stellte, ob die Republikaner beabsichtigen, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen, antwortete Senator Brandegee, daß sie nicht beabsichtigen; aber ein reines Handelsabkommen zwischen Amerika und den Mittelmächten werde vereinbart werden.

über die technische Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Er sprach weiter eingehend über die Art, Umfang und Geschäftsführung der russischen Handelsvertretungen und bemerkt dabei, daß bei Geschäftsbefürwortungen ein Risiko ausgeschlossen sei und bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten aus dem Vorkriegsvertrag ein Schiedsgericht, das in Berlin seinen Sitz habe, Recht sprechen solle. Rußland sei auch bereit zu Konzessionen. Professor J. A. M. von der Universität in Petersburg und der Syndikus der Moskauer Handelskammer in Petersburg, Dr. B. A. J. A. J. J., sprachen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Lage Rußlands und dessen Zukunft. Die Redner waren weniger optimistisch. Sie hielten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem jetzigen Rußland wohl für wünschenswert und möglich, erwähnten jedoch

zur Vorsicht und bestritten eher ein Abwarten bis zu dem Tage, an dem die Räteregierung gestürzt und wieder durch eine bürgerliche Regierung ersetzt sei.

Die Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Reipzig, 2. Juli. Der psychiatrische Sachverständige Prof. Anton führte noch hinsichtlich des angeklagten Reichs des Generals Stenger aus: „Diesen Bogen hat Major Grunius mit bestem Wissen und Willen so aufgestellt, wie er ihn weitergegeben hat. Er hat sich einfach die Sache so zurechtgelegt, wie es ihm aus der ganzen Situation suggeriert wurde, denn die sich häufenden Nachrichten von der Grausamkeit und der Heimtücke der Feinde, der Verlastung des schweren Gefechts und der vermeintlichen Vernichtung seiner Truppe, all diese Eindrücke sind bei einem so kranke Mann, der in diesem Zustand vollkommener Verwirrung die richtige Beurteilung und seine Bedeutung zu verlieren.“ Zu diesem Gutachten bemerkt der Vorsitzende u. a.: „Wenn der geistige Zustand des Angeklagten ihn besonders geeignet gemacht hätte, die Beschuldigungen mitzuerfinden, so muß ich doch sagen, es ist merkwürdig, daß auch Major Müller diesem Mitleid unterlegen sein würde, obwohl er doch ein so ruhiger und geistig völlig intakter Offizier war.“ Er hat den Stengerischen Bericht genau so aufgestellt wie der darauf hin, daß auch ein anderer Angeklagter, ein durchsichtiger und ruhiger Artillerieoffizier, periodisch unzureichend geistig gewesen ist. Auf die Frage, ob das erlöbte Verhalten sei, erwiderte der Sachverständige, daß eine Disposition für spätere Erkrankung bei den Geisteskranken vorliegen könne. Der Zeuge Dr. Kuntze, der den Befehl, seine Gefangenen zu machen, habe seinen menschlichen Empfinden widersteht, aber die Mauthausen hatten ihn befallig aufgenommen und sogar Straßengewalt. Zeuge Rothacker, Hilfsarbeiter aus Kappel, hat sich selbst und zwei bis drei französische Gefangene erschossen worden, und zwar von Handwaffen her. Ob aus ausdrücklichen Befehl von Major Müller und ob Müller selbst geschossen hat, weiß ich nicht. Dann kommt zur deutschen Soldaten der angebliche schriftliche Befehl Stenger in Washington vor. Der Angeklagte hat diesen Befehl unterschrieben, daß ich nicht weiß. General Stenger: „Ich will vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß ich in dem ganzen Kriege, namentlich während einer Schlacht, nie mit Schreibernschaften gearbeitet habe. Ich habe ich meine Unterschrift mit der Maschine gegeben.“ Vorsitzender: „Es waren nur die Schreibernschaften.“ General Stenger: „Also kein Original.“ Das genügt mir vollkommen. Der Zeuge Landungsgewisse Ender aus Kassel i. H. beginnt seine Aussage mit den Worten: „Wenn ich das, was ich ausführen habe, niederzuschreiben sollte, würde ich das Kapitel überschreiben: „Französische Schandthaten.“ Der Vorsitzende unterbricht: „Das können wir hier nicht brauchen. Es hat mit der Sache nichts zu tun, wenn Sie hierher vor Gericht, da sie selbst die Schandthaten aus.“ Der Zeuge beginnt sich dann auf das Gebiet der Tatsachen und führt eine Reihe von Fällen an, die er als Zeuge der Ereignisse in der Schlacht von Verdun und anderen Orten gesehen hat. Auch weitere Zeugen werden zu berichten, die den französischen Gefangenen zwischen dem 20. und 26. August bei Saarburg hinterlassen auf den Gefangenen geschossen haben, selbst dann, wenn diese vor der Gefangenen hatten. Fast alle Zeugen stimmen darin überein, daß die Gefangenen hierher aufgebracht wurden, um sie zu töten. Der Zeuge Geschäftsleiter Riedel aus Würzburg hat seinen eigenen Befehl gar nicht bedurft, wie er aus dem Bericht des Major Grunius, Zeugnisschreiber neuer 7 Uhr abends werden die Verhandlungen nach neun Uhr abends beendet werden, wo die Plädoyers und das Urteil zu erwarten sind.

Opferbereite Bergleute.

Wanne, 4. Juli. Am nächsten wird durch den Krieg an ihrer Gesundheit verfallen. Die Wanne, die die Wanne eines Sommeraufenthaltes zu verschaffen, wollen die Bergleute der hiesigen Region eine Sonderabgabe für das Glückseligkeit an unseren Kindern beschaffen.

Lichtenstein.

Romanische Sage aus der württembergischen Geschichte von Wilhelm Hauff.

28) Nur so oft Georg auf sein Leben, besonders jene Periode kommen wollte, wo der Meister von Gort eine bedeutende Rolle in dem Kriege des armen Romad gespielt hatte, brach er öfter ab oder wußte mit mehr Gelasstheit, als man dem kühnen Manne zugetraut hätte, das Gespräch auf andere Gegenstände zu bringen.

So waren sie ohne Aufenthalt fortgeritten. Hans wußte immer voraus, wann wieder ein Geschäft kam, wo sie Erfrischung für sich und gutes Futter für das Pferd finden würden. Überall war er bekannt, überall wurde er freundlich, wie auch es Georg schien, meistens mit Staunen aufgenommen; er wußte dann gewöhnlich ein Viertelstündchen mit dem Hausvater, während die Hausfrau dem jungen Ritter ernst und freundlich mit Brot, Butter und unermesslichem Aufmerksamkeiten, und die „Bubbe“ und „Mädel“ den hohen, schlanken Gast, seine schönen Kleider, seine glänzende Schärpe, die wackeren Beine seines Barockes bewunderten. War dann das kleine Mahl verzehrt, hatte Georgs Pferd wieder Kräfte gesammelt, so als die Lärre, und der junge Ritter konnte zu seiner Besichtigung niemals die Gastfreundschaft der guten Leute belächeln. Mit abgewandten Blicken auf den Meister von Gort und angestrichen, daß dieses Rätsel löste ihm sein Begleiter nicht; denn seine Antwort: „Wenn die Leute nach Gort kommen, setzen sie sich auch wieder bei mir ein.“ schien nur eine ausweichende Antwort zu sein.

Die Nacht brachte sie ebenfalls in einem dieser prächtigen Höfe zu, wo die Hausfrau ihrem vornehmen Gast mit nicht geringerer Bereitwilligkeit als der Oberstin ein Bett zurecht machte, als sie

ihm zu Ehren ein paar Lauben geputzt und einen blicksmächtigen Hofstein aufgetragen hatte.

Den folgenden Tag setzten sie ihre Reise auf dieselbe Art fort, nur kam es Georg vor, als ob sein Führer mit noch mehr Vorlicht als gestern zu Werke gehe; denn er ließ, wenn sie sich einem Hof naheten, den Ritter wohl fünfzehn Schritte davon halt machen, sagte sich bescheiden den Gebäuden, und erst, nachdem er alles sorgfältig ausgepäht hatte, wußte er dem Jünger, zu folgen. Georg befragte ihn umsonst, ob es in dieser Gegend gefährlicher sei, ob die Wundestruppen schon in der Nähe seien? Er sagte nichts Bestimmtes darüber.

Doch gegen Mittag, als die Gegend lichter wurde und der Weg sich gegen das ebene Land herauszuheben schien, schenkte auch das Gefährliche sich zu werden; denn der Spielmann von Gort schien sich von jetzt an gar nicht mehr den Wohnungen nähern zu wollen, sondern hatte sich in einem Hof mit einem Saal versehen, der Futter für das Pferd und hinlängliche Vorräte für die beiden enthielt. Es schien, als ob er meißt noch einfamere Pläne als bisher aufwies. Auch glaubte Georg zu bemerken, daß sie nicht mehr dieselbe Richtung verfolgten wie früher, sondern sehr hart zur Rechten ablenkten.

Am Rand eines schattigen Buchenwaldes, wo eine klare Quelle und frischer Regen zur Hande einfiel, machten sie Halt. Georg fragte ab, und sein Führer zog aus seinem Saal ein gutes Mittagmahl. Nachdem er das Pferd versorgt hatte, setzte er sich zu den Füßen des jungen Ritters und begann mit großem Appetit aufzutreten.

Georg hatte seinen Hunger gestillt und betrachtete jetzt mit aufmerksamer Frage die Gegend. Es war ein schönes, breites Tal, in welches sie hineinkamen. Ein kleines Flüsschen eilte schnell dahin; die Felsen, wovon es begrenzt war, schienen gut und festig angehängt, eine freundliche Burg erhob sich auf einem Hügel am andern Ende des Tales, die ganze Gegend war feind-

licher als der Gebirgsrücken, über welchen sie gezogen waren.

„Es scheint mir, wir haben die Wälder verlassen“, sagte der junge Mann, indem er sich zu seinem Gefährten wandte. „Dieses Tal, jene Hügel sehen bei weitem freundlicher aus als der felsenbedeckte und über Wälder, die wir durchzogen. Selbst die Luft weht hier milder und wärmer als oben, wo uns die Winde oft so hart anfaßen.“

„Ihr habt recht geraten, Junker“, sagte Hans; „indem er die Wälder ihrer Mächtigkeits sorgfältig in den Saal legte; diese Täler gehören zum Unterland, und jenes Flüsschen, das Ihr seht, fließt in den Neckar.“

„Wie kommt es aber, daß wir so weit vom Weg abliegen?“, fragte Georg. „Es kam mir schon oben im Gebirge vor, als haben wir die alte Richtung verlassen, aber du wolltest nie darauf hören. Dieser Weg muß, so viel ich die Lage von Lichtenstein kenne, viel zu weit rechts führen.“

„Nun ich will es Euch jetzt sagen“, antwortete der Bauer, „ich wollte Euch auf der Wälder nicht unnötig bange machen, jetzt aber sind wir, so Gott will, in Sicherheit; denn im schlimmsten Fall sind wir keine vier Stunden mehr von Gort, wo sie uns nicht mehr angreifen sollen.“

„In Sicherheit?“ unterbrach ihn Georg verwundert. „Wer soll uns etwas anhaben?“

„Ei, die Wälder“, erwiderte der Spielmann. „Sie streifen auf der Wälder, und oft waren ihre Reiter kein tausend Schritte mehr von uns. Mir für meinen Teil wäre es nicht lieb gewesen, in ihre Hände zu fallen; denn sie sind mir, wie Ihr wohl wisset, gar nicht grün. Und auch Euch wäre es vielleicht nicht ganz recht, gefangen vor den Herrn Truchseß geführt zu werden.“

„Gott soll mich bewahren!“ rief der Junker. „Vor dem Truchseß? Dieser lasse ich mich auf der Stelle tödlichen. Was wollen sie denn aber hier? Es ist ja hier in der Nähe gar keine Feste von Württemberg, und du sagst mir „ja doch, sie

können ungehindert durchs Land ziehen; wonach streifen sie denn?“

„Euch Junker! Es gibt überall schlechte Leute, was ein rechter Württemberger ist, der läßt sich eher die Haut abziehen, als daß er den Herzog verrät, nach welchem die Wälder jetzt eine Treibjagd halten. Aber der Truchseß soll unter der Hand einen ganzen Kasten Gold verschwinden haben, wenn man ihn fängt. Er hat seine Reiter ausgesandt, diese streifen jetzt überall, und die Leute sagen, es gäbe einige unter den Bauern, die sich von Gold blenden lassen und den Spürhunden alle Klagen und Schlafpfeile zeigen.“

„Nach dem Herzog sollen sie streifen? Der ist ja aus dem Lande geflohen oder, wie andere sagen, in Lützingen auf seinem festen Schloß, wo ihn vierzig Reiter beschützen.“

„Ja, die vierzig Wälder sind dort“, antwortete der Bauer mit schauerlicher Miene. „Auch des Herzogs Schloßlein, der Truchseß, ist dort, das hat seine Wichtigkeit; ob aber der Herzog selbst dort ist, weiß niemand recht. Im Vertrauen gelagt, wie ich ihn kenne, schließt er sich nur zur höchsten Not in eine Feste ein; er ist ein kühner, unruhiger Herr, und es ist ihm wohl in den Wäldern und Bergen, wenn es auch Gefahr hat.“

„Den Herzog also suchen sie? Also müßte er hier in der Nähe sein?“

„Wo er sich wohl nicht“, erwiderte der Bauer von Gort, „ich wollte nicht, dies weiß niemand als Gott; aber wo er sein wird, weiß ich.“

„Sagt er hinzu, und es schien Georg, als ob ein Strauß von Begeisterung aus dem Auge des Mannes bräche; „wo er sein wird, wenn die Not am höchsten ist, wo seine Getreuen sich zu ihm finden werden, um den Herrn in der Not gegen die Wälder zu schützen. Denn ist er auch ein strenger Herr, so ist er doch ein Württemberger, und seine schwere Hand ist uns lieber als die gleißelnden Worte des Bayern und des Oesterreichers.“

(Fortsetzung folgt.)

